



**PAYSAGE LIBRE** SUISSE  
**FREIE LANDSCHAFT** SCHWEIZ

FEDERATION SUISSE POUR UNE POLITIQUE RAISONNABLE  
DE L'ENERGIE ET DE L'AMENAGEMENT DU TERRITOIRE  
SCHWEIZERISCHER VERBAND FÜR EINE VERNÜNFTIGE  
ENERGIEPOLITIK UND RAUMPLANUNG

[WWW.PAYSAGE-LIBRE.CH](http://WWW.PAYSAGE-LIBRE.CH)  
[WWW.FREIE-LANDSCHAFT.CH](http://WWW.FREIE-LANDSCHAFT.CH)

**Paysage Libre Suisse**  
**Freie Landschaft Schweiz**  
Generalsekretariat  
Däderizstrasse 61  
2540 Grenchen  
[michel.fior@freie-landschaft.ch](mailto:michel.fior@freie-landschaft.ch)

**Zuhanden von:**

Eidgenössisches Departement für  
Umwelt, Verkehr, Energie und Kom-  
munikation UVEK  
Doris Leuthard  
Bundespräsidentin  
3003 Bern

[energiestrategie@bfe.admin.ch](mailto:energiestrategie@bfe.admin.ch)

# STELLUNGNAHME

## UMSETZUNG ERSTES MASSNAHMENPAKET ZUR ENERGIESTRATEGIE 2050

Grenchen, 8. Mai 2017

# Inhalt

1. Stellungnahme PLCH.....	1
1.1 Motivation .....	1
1.2 Relevante Bereiche.....	1
2. Generelle Anmerkungen.....	2
2.1 Ziele der Energiewende .....	2
2.2 Kostenfolgen.....	2
2. Bemerkungen zur Stromversorgungsverordnung Strom VV .....	3
2.1 Zum erläuternden Bericht .....	3
2.2 Zu einzelnen Artikeln der Verordnung .....	3
3. Bemerkungen zur Energieverordnung EnV .....	4
3.1 Zum erläuternden Bericht .....	4
3.2 Zu einzelnen Artikeln der Verordnung .....	5
4. Bemerkungen zur Energieförderungsverordnung EnFV.....	5

# 1. Stellungnahme PLCH

## 1.1 Motivation

Wir danken Ihnen für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren welche wir im Sinne von Art. 4 VIG gerne annehmen.

Der Verband Paysage Libre Suisse/Freie Landschaft Schweiz besteht seit 2004 und repräsentiert 35 Organisationen und Vereine, welche sich mit dem Thema Windkraft und konkreten Windkraftprojekten befassen. Diese werden über die ganze Schweiz verteilt geplant und haben einen grossen Einfluss auf die Anwohner und die Landschaft. Daher vertreten wir eine grosse Anzahl an direkt betroffenen Menschen, welche sich auf unser Engagement in ihrer Sache verlassen.

Wir möchten mit unserer Stellungnahme dazu beitragen, die Akzeptanz und Vollzugstauglichkeit der Vorlagen weiter zu verbessern. Wir sind überzeugt, dass die Energiewende als Ziel der Energiestrategie 2050 nur erreicht werden kann, wenn sie von allen mitgetragen wird. Daher ist es auch zwingend notwendig, dass sich alle Betroffenen verstanden und ernst genommen fühlen.

Bemühungen der Windkraft-Lobby, neben den extrem hohen Subventionen noch weitere Erleichterungen, Einschränkungen der Einsprachemöglichkeiten sowie vereinfachte und beschleunigte Verfahren zu erreichen, lehnen wir daher kategorisch ab.

Es ist eine weltfremde Annahme, dass damit Widerstand gegen einzelne Projekte verhindert oder umgangen werden könnte. Das Gegenteil wäre der Fall. Die juristischen Auseinandersetzungen würden noch heftiger und umfangreicher geführt werden. Daher empfehlen wir dringendst, von solch Bemühungen Abstand zu nehmen und im Gegenteil durch eine weitere Verfeinerung der Regelungen und Prüfverfahren in den Verordnungen solchen Bemühungen Einhalt zu gebieten. Schliesslich besteht bei einem Zeithorizont bis 2035 resp. 2050 mehr als genug Zeit für die seriöse und ausführliche Prüfung aller Projekte.

## 1.2 Relevante Bereiche

Wir möchten uns aufgrund des grossen Umfanges der geplanten Gesetzesänderungen auf die Bereiche konzentrieren, die unsere Anliegen und unser Wirkungsfeld direkt tangieren, den Schutz der Anwohner vor unzumutbaren Immissionen sowie der Landschaft vor unnötigen Verbauungen.

Dies sind:

Stromversorgungsverordnung Strom VV, Erläuternder Bericht; sowie Art. 15 / 22 / 31e Energieverordnung EnV, Erläuternder Bericht; sowie Art. 9.2 / 9.3 / 10 Energieförderungsverordnung EnFV, nur generelle Anmerkungen.

Wir wünschten uns auch in vielen weiteren Punkten eine deutliche Präzisierung von wichtigen Bestandteilen des ersten Massnahmenpaketes. So wäre z. B. eine detaillierte Aufstellung der Kosten und Kostenträger aller vorgesehenen Massnahmen wünschenswert. Weniger interessant hingegen ist, ob ein Stromkunde über ein Webportal seine Verbrauchsdaten abrufen kann oder nicht. Dies ist heute in vielen anderen Bereichen schon längst Standard und versteht sich von selbst.

Wir hoffen, mit unseren Hinweisen und Angaben die Entscheidungsfindung des Bundes bei der Ausgestaltung der definitiven Fassungen positiv beeinflussen zu können, so dass auch bisher nicht erfasste Belange berücksichtigt werden können.

## 2. Generelle Anmerkungen

### 2.1 Ziele der Energiewende

Die Energiewende ist wohl das grösste technische Vorhaben der letzten hundert Jahre und wird beträchtliche Auswirkungen in allen Bereichen und für die gesamte Bevölkerung haben.

Primäres Ziel ist der Umstieg von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energiequellen. Dadurch soll der Klimaschutz vorangetrieben werden. Angesichts möglicher Auswirkungen von Klimaveränderungen macht dies sicher Sinn. Sekundäre Ziele in der Schweiz sind der Ausstieg aus der Kernenergie, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Verringerung des Energieverbrauches und die Steigerung der Eigenversorgung.

Einige diese sekundären Ziele stehen jedoch im Konflikt mit dem Hauptziel. So fällt durch die Kernenergie z. B. die für eine sichere Stromversorgung wichtige Grundversorgung mit jahreszeitlich unabhängiger Bandenergie weg. Der Anteil am Strommix von knapp 40% muss ersetzt werden. Dies würde kurzfristig nur durch den Einsatz von neuen Kraftwerken gelingen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoss deutlich erhöhen würden.

Die Steigerung der Eigenversorgung würde den Ausbau auch von ineffizienten Technologien erfordern. In der Schweiz als Alpenland hat die Wasserkraft mit 60% einen sehr grossen Anteil an der Stromproduktion. Sie ist leider nicht unbegrenzt ausbaubar und wird die Lücke nicht schliessen können. Die anderen erneuerbaren Energiequellen weisen allesamt deutliche Nachteile auf, die ihre Effizienz und Eignung zur Erreichung der Ziele entscheidend in Frage stellen.

Bei der Photovoltaik gibt es starke saisonale und tageszeitliche Schwankungen. Die grossen Probleme bei der Geothermie sind leider bekannt. Für eine umfangreiche Produktion von Energie aus Biomasse fehlt der Schweiz die Bodenfläche. Und bei der Windenergie fehlen dem Binnenland schlicht die minimalsten Windaufkommen für eine bedeutende Stromproduktion. Für die Speicherung der sehr volatil anfallenden Windenergie wären zudem grosse Speicherkapazitäten notwendig, die die notwendigen Investitionen in unverhältnismässige Höhen treiben würden.

### 2.2 Kostenfolgen

Die Kostenfolgen sind für die Akzeptanz und letztlich auch für die Realisierbarkeit der Energiewende jedoch von entscheidender Bedeutung. Wird diesem Punkt nicht grösste Aufmerksamkeit gewidmet, kann die Energiewende mittel- bis langfristig nicht erfolgreich sein. Ein Totalumbau der Energieversorgung und eine Modernisierung der Verbraucher wird gelingen, wenn den ökonomischen Aspekten grösste Beachtung zukommt. Sonst wird die Energiewende letztendlich scheitern.

Aus dieser Sicht müssen die Zielsetzungen gegeneinander abgewogen werden. Eine gleichzeitige Realisierung aller Zielsetzungen ist utopisch. Auch utopisch ist die Hoffnung, dass sich eine Strategie zustande kommt, wenn sie nicht ausreichend von der betroffenen Bevölkerung mitgetragen wird, selbst wenn sie durch ein erstes Massnahmenpaket angestossen wird. Dies wird nicht ausreichen für eine nachhaltige und erfolgreiche Umsetzung.

Aus unserer Sicht wäre es daher angebracht, die sekundären Ziele nochmals scharf zu überdenken und eine Priorisierung vorzunehmen. Eine Verbesserung der Energieeffizienz und eine Reduktion des Verbrauches sind im Rahmen des technologischen Fortschrittes möglich und wichtig, jedoch im Rahmen der vorliegenden Verordnungen von untergeordneter Bedeutung.

## 2. Bemerkungen zur Stromversorgungsverordnung Strom VV

### 2.1 Zum erläuternden Bericht

Zu Kapitel 2.2 und 2.3: Ob dem Netz oder dem Markt genügend Flexibilität zugeführt werden kann, um den nächtlichen Ausfall der Solarenergie oder das Ausbleiben der Windenergie bei wochenlangen Schwachwindlagen auszugleichen, darf bezweifelt werden. Ohne entsprechende Bandstromkapazität in Form von zuschaltbaren fossilen Kraftwerken (oder durch Importe) würde das Netz diese „Flexibilität“ durch einen Ausfall (Black out) herstellen. Wenn dem Netz kein Strom zugeführt wird, kann auch kein Strom entnommen werden. Daran werden auch keine raffinierten Smart-Meter oder den Vorgaben des Bundesrates entsprechende Steuer- und Regelsysteme etwas ändern.

Die direkte oder indirekte Beeinflussung der Verbraucher wird diese auch nicht dazu bewegen, nachts im Dunkeln zu sitzen oder im Sommer den Kühlschrank auszuschalten. Die Spannweite dieser „Flexibilität“ ist somit beschränkt und deckt bei weitem nicht die Fluktuation der volatilen erneuerbaren Energiequellen ab. Wie im letzten Satz auf Seite 2 schon erwähnt, werden Widersprüche zwischen Angebot und Nachfrage auftreten. Und zwar immer dann, wenn die zur Verfügung stehenden Energiemengen die Nachfrage nicht decken können. Vorteil dieses Mechanismus ist allerdings die mühelose Erreichung aller aufgestellten Sparziele.

Die schwer zu erfassenden komplexen Sätze auf Seite 3 oben scheinen auszusagen, dass ein Anbieter von „Flexibilität“ im Netz frei entscheiden kann, wem er diese anbietet, sofern er sie nicht selbst benötigt. Also auch dem Meistbietenden. Weiter besagt die Formulierung, dass kein Vorrecht auf die Nutzung durch einen Akteur mehr besteht. Das kann so verstanden werden, dass kein Anspruch der Verbraucher auf eine sichere Stromversorgung mehr besteht.

### 2.2 Zu einzelnen Artikeln der Verordnung

Artikel Nr.	Antrag / Empfehlung	Begründung
Art. 15 Abs. 2 Bst. b	Bst. b streichen.	Energie aus diesen Anlagen wird bereits mit KEV-Beiträgen zum mehrfachen Marktpreis subventioniert, die durch die Verbraucher finanziert werden. Diesen zusätzlich auch noch die Kosten für den Netzausbau des Übertragungsnetzes tragen zu lassen kommt einer versteckten doppelten Subventionierung gleich und entspricht nicht dem Verursacherprinzip.
Art. 22 Abs. 3	Ergänzung: ... und werden der Bilanzgruppe für erneuerbare Energien in Rechnung gestellt.	siehe oben
Art. 31e	Korrektur: „... während zwölf Jahren...“	Die vollständige Erneuerung aller messtechnischen Einrichtungen des Stromnetzes innert 7 Jahren ist zu ambitiös und zu übereilt. Der Anteil an erneuerbaren Energien wird bei weitem nicht so rasch ansteigen, dass diese Anlagen in so kurzer Zeit vollständig ersetzt sein müssen. Eine Umrüstung bis 2030 dürfte vollauf genügen. So können alle in Betrieb befindlichen Geräte bis zu ihrer normalen Lebensdauerbegrenzung genutzt werden und zusätzliche Kosten für die Verbraucher verhindert werden.

### 3. Bemerkungen zur Energieverordnung EnV

#### 3.1 Zum erläuternden Bericht

Zu 2.2.1: Die Nutzung erneuerbaren Energiequellen als generell im „nationalen Interesse“ liegend zu betrachten ist eine etwas zu simple Anschauung, die nicht den realen Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Gemäss Art. 12 EnG wird dabei weder die Effizienz der Produktion noch Relevanz der erzeugten Strommenge durch spezifische Projekte und Anlagen berücksichtigt. Dies erlaubt keine konkrete und nachvollziehbare Abwägung zwischen den Schutzaufgaben und der Nutzung der erneuerbaren Energiequellen.

Um diesen Missstand zu beseitigen ist es notwendig, Produktionsziele, Effizienzwerte und ihre Nutzbarkeit (Speicherung Produktion) für Anlagen festzulegen, welche minimal erfüllt werden müssen, um anderen in Verfassung und Gesetzen geregelten Schutzziele mit nationaler Bedeutung ebenbürtig zu sein.

Die festgelegten Kennwerte sollen dabei in einem sinnvollen Kontext zur Bedeutung an der gesamten Stromproduktion in der Schweiz stehen. Ihre Bedeutung ist abhängig vom Umfang, der Verfügbarkeit und Speicherfähigkeit der Stromproduktion. So kann der Beitrag einer Anlage an der nationalen Stromproduktion verglichen werden mit der Bedeutung einer geschützten Landschaft oder eines Ortes gemäss Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN). Dies erlaubt eine nachvollziehbare Entscheidungsfindung durch die abwägende Instanz. Nur so kann sichergestellt werden, dass keine unwiederbringlichen Objekte wegen einer völlig unbedeutenden Anlage, welche keinen substantiellen Beitrag an die Stromproduktion leistet, geschmälert oder gar zerstört werden.

Die in Art. 9 genannten 10 GWh Jahresproduktion eines Windparks zur Erreichung des nationalen Interesses erscheint irrelevant angesichts des Jahresverbrauches von über 60 TWh. Sie beträgt somit kaum 1,5 Promille oder ein Sechstausendstel des Gesamtverbrauches. Im Bundesinventar der schützenswerten Landschaften BLN sind nur 162 Objekte aufgeführt. Es erscheint nicht angemessen, eines dieser seltenen und sehr wertvollen Gebiete wegen 1,5 Promille der nationalen Stromproduktion, oder alle geschützten Gebiete zusammen mit nur 2,7% der Stromproduktion aufzuwiegen. Dies ist ein unsinniges Verhältnis, zumal die minimale Stromproduktion durch besser geeignete Technologien wie die Solarenergie erzeugt werden kann, ohne dass die nationalen Schutzobjekte tangiert werden müssen. Sie könnte auch einfacher eingespart werden von einer verantwortungsvollen Bevölkerung, welche ihre Landschaften schätzt und schützt.

Wir fordern deshalb, die erzielbare Jahresproduktion eines Windparks von nationaler Bedeutung auf mindestens 200 GWh zu veranschlagen. Jede Zahl darunter ist mengenmässig irrelevant und rechtfertigt einen groben Eingriff, den moderne Windkraftwerke verursachen, keinesfalls. Des Weiteren soll ein Projekt höchstens eines der im BLN-Inventar geschützten Objekte beeinträchtigen dürfen. Zudem muss der Nachweis erbracht werden, dass für die Zwischenspeicherung der insbesondere im Winterhalbjahr anfallenden Stromproduktion auch genügend Kapazitäten zur Verfügung stehen und vollständig reserviert sind. Ansonsten kann ein Windpark nichts zur Energieversorgung beitragen und verdient keine Bedeutung.

Die Bemühungen, der Windkraft eine grössere Rolle und Bedeutung in der Energiestrategie einzuräumen, wirken befremdlich. Wenn es zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie tatsächlich notwendig sein sollte, die letzten unberührten Landschaften der Schweiz für dermassen unbedeutende Strommengen zu opfern und mit wirkungslosen Windkraftanlagen zu überbauen, scheint die ganze Strategie keinen Sinn zu ergeben, denn sie widerspricht den jahrzehntelangen Bemühungen für die Findung von Rechtsgrundsätzen auf Verfassungs- und Gesetzesebene im Sinne eines nachhaltigen Landschafts- und Naturschutzes und dem Identitätsgefühl der ganzen Nation.

### 3.2 Zu einzelnen Artikeln der Verordnung

Artikel Nr.	Antrag / Empfehlung	Begründung
Art. 9 Abs. 2	Korrektur: ... von jährlich mindestens 200 GWh verfügen und nachweislich über genügend reservierte Speicherkapazität verfügen, um die produzierte Strommenge bis zum vollständigen Verbrauch zwischenspeichern zu können.	siehe Bemerkungen unter Kap. 3.1
Art. 9 Abs. 3	Korrektur: ... von jährlich mindestens 200 GWh erreichen und nachweislich über genügend reservierte Speicherkapazität verfügen, um die produzierte Strommenge bis zum vollständigen Verbrauch zwischenspeichern zu können.	siehe Bemerkungen unter Kap. 3.1
Art. 10	Zusatz: stehen, oder dieses bezogen auf die geltenden Schutzgesetze beeinträchtigen oder bedrohen.	Es spielt beim Schutz von Biotopen keine Rolle, ob die verursachende Anlage auf dem Biotop selbst oder angrenzend steht. Ihr direkter oder indirekter Einfluss auf das Biotop ist schutzrelevant.

## 4. Bemerkungen zur Energieförderungsverordnung EnFV

Wir begrüßen die Verkürzung der Vergütungsdauer auf 15 Jahre. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden dadurch jedoch nicht früher freigegeben, wie unter 2.1.1 erwähnt, denn sie wurden ausbezahlt und fliessen nicht mehr zurück.

Generell erachten wir jedoch Subventionen in der vorgesehenen Menge und Höhe in der Energiepolitik als Fehler, der unabsehbare Probleme und immense Kosten verursachen wird. Als anschauliches Beispiel kann die Entwicklung in Deutschland betrachtet werden. Der Aufwand für die Subventionierung der neuen Erneuerbaren ufer in astronomische Höhen aus, welche den gesamten Europäischen Strommarkt erschüttern und sogar in der Schweiz höchst negative Folgen hat.

So verunmöglichen in der Folge die absurd tiefen Handelspreise an der Strombörse einen wirtschaftlichen Betrieb der Schweizerischen Wasserkraft, welche mit immerhin 60% Anteil das saubere und umweltgerechte Fundament unserer Stromversorgung bildet. Ohne zusätzliche „Gegensubventionen“ ist die Wasserkraft bedroht und es besteht die Gefahr, dass diese wertvolle und lebensnotwendige Infrastruktur in die Hände von ausländischen Investoren fällt.

Subventionen stehen somit in krassem Gegensatz zu den Bemühungen, die Versorgung der Schweiz unabhängiger vom Ausland zu machen. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, weshalb in der Schweiz genau dieselben Fehler wiederholt werden.

Weiter liefern Subventionen meistens die falschen Anreize und fordern gewinnorientierte Organisationen geradezu auf, sich zu bedienen. Sie verursachen Investitionen in unrentable und ineffiziente Anlagen, welche nach Ablauf der Vergütungsdauer Konkurs gehen werden. Besteht zu diesem Zeitpunkt jedoch eine technische Abhängigkeit, muss der Betrieb der Anlagen durch weitere Subventionen sichergestellt werden. Ein endloser Teufelskreis, die negativen finanziellen Folgen sind unabsehbar. Hinzu kommen die Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Anwohner der subventionierten Produktionsanlagen.

Generell muss festgehalten werden, dass Anlagen, welche nur mit Subventionen betrieben werden können, ineffizient und völlig ungeeignet sind, um eine sichere und bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten. Vielmehr binden und vernichten sie wichtige Gelder, welche dringend in der Forschung und Entwicklung benötigt werden, um die technischen Probleme und Aufgaben zu lösen, welche zur Erreichung der hochgesteckten Ziele der Energiewende unbedingt notwendig wären.

Es ist daher klar, dass Subventionen der falsche Weg sind, um Innovation und Entwicklung zu fördern und ambitionierte Ziele zu erreichen. Das Gegenteil ist der Fall. Es wird versucht, mit der bestehenden ineffizienten und unrentablen Technologie das schnelle Geld zu machen ohne bleibende Werte zu schaffen, die technologische Entwicklung wird dadurch blockiert. Ausserdem werden gerade Produktionsanlagen wie Windkraftwerke beinahe vollständig von ausländischen Firmen gebaut und betrieben, sodass die Subventionen ins Ausland fliessen und damit volkswirtschaftlich zuungunsten der Schweiz wirken.

Verglichen mit Deutschland wird der Strom aus den neuen erneuerbaren Quellen in der Schweiz durch die KEV fast dreimal höher subventioniert. Das bedeutet aber auch, dass in der Schweiz die Subventions-generierten Probleme noch deutlich grösser ausfallen würden. Nüchtern betrachtet würden sie hauptverantwortlich sein für das Scheitern der Energiewende, für eine Kostenexplosion bei den Energiepreisen, die für viele Haushalte zu einer Verschuldung und Unterversorgung führen und die letztlich auch unsere Wirtschaft und den Arbeitsplatz Schweiz massiv bedrohen würde.

Wir fordern Sie daher aus Überzeugung auf, von der unsinnigen und milliardenschweren Subventionierung des Strom- und Energiemarktes abzusehen und andere Massnahmen zur Erreichung des notwendigen Fortschrittes und der gesteckten Ziele zu ergreifen.

Da wir die direkte Subventionierung im Energiesektor generell ablehnen können wir zu den einzelnen Artikeln der neuen Verordnung auch nicht Stellung nehmen. Wir bitten Sie, diese vollständig zu streichen und dafür eine Verordnung „Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der nachhaltigen Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Quellen“ zu schaffen. Hiermit könnten mit wesentlich geringeren Summen wirkliche Fortschritte erzielt werden, welche dereinst sogar die Energiewende ermöglichen könnten.